

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und DIE LINKE
- Drucksache 8/406 -

Klimaschutz im Dialog entwickeln – ein lebenswertes Mecklenburg-Vorpommern erhalten

Der Landtag möge beschließen:

In Ziffer III.5 werden die Wörter „, für die gemeinsam mit anderen Bundesländern auf Bundesebene geworben werden soll“ gestrichen.

Dr. Harald Terpe und Fraktion

Begründung:

Für die notwendigen Verbesserungen der Rahmenbedingungen beim Eigen- und Mieterstrom braucht es keine Werbung auf Bundesebene. Die Ampelkoalition unter Kanzler Scholz hat mit dem federführenden Ministerium für Wirtschaft und Klimaschutz in den sogenannten Oster- und Sommerpaketen einen breit aufgestellten Maßnahmenkatalog aufgesetzt. Wie bereits bekannt wurde, sind neben dem Bürokratieabbau, z. B. durch die einheitliche Wälzung der verbleibenden Umlagen im Stromsektor und den Wegfall von Ausschreibungspflichten, künftig nur noch die KWKG-Umlage und die Offshore-Netzumlage für die Entnahme von Strom aus dem öffentlichen Netz maßgeblich. Dadurch fallen künftig keine Umlagen mehr auf Eigenverbräuche und Direktbelieferungen hinter dem Netzverknüpfungspunkt an. Weitere (z. B. steuerliche) Entlastungen sind für das Sommerpaket vorgesehen und werden derzeit regierungsintern rechtlich erarbeitet.